

# PROGRAMM

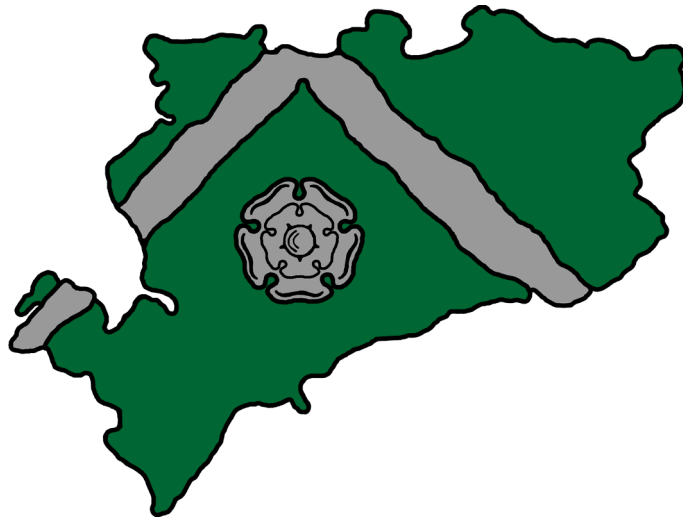
der

# UWVG

Unabhängige Wählergemeinschaft

Finnentrop e.V.

---



## **Inhaltsverzeichnis**

Die unabhängige Wählergemeinschaft Finnentrop e.V.....	3
Belange der Ortschaften.....	4
Industrie- und Wirtschaftsförderung.....	5
Umwelt.....	6
Verkehr und Wohnungsbau.....	7
Haushalt, Jugend und Familie.....	8
Gebühren.....	9
Mit einer starken UWG die Zukunft gestalten.....	10

## **Die unabhängige Wählergemeinschaft Finnentrop e.V.**

ist ein Zusammenschluss von Bürgern, die unabhängig von Parteiorganisationen, die Zukunft der Gemeinde Finnentrop gestalten wollen. Anlass unserer Gründung im Jahr 1994 waren Planungen zur Errichtung einer Holzmüllverbrennungsanlage als Pilotprojekt, über deren Umfang und Gefährdungspotential die Bürger der Gemeinde durch die etablierten Parteien lange Zeit im Unklaren gelassen wurden. Nicht zuletzt durch konsequente Aufklärung der Öffentlichkeit konnten wir dieses Projekt verhindern.

Durch unsere Arbeit im Rat der Gemeinde haben wir erfahren, dass frühzeitige Bürgerbeteiligung und Information ein vernachlässigtes Element der bisherigen Kommunalpolitik ist. Die verspätete und unzureichende Bürgerbeteiligung ist keiner Seite dienlich und führt zu unsachlichen Diskussionen und Angriffen. Bestes Beispiel dafür ist die Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes.

Unsere Leitziele sind daher:

- **Bürgernähe**
- **Bürgerinformation und**
- **Bürgermitwirkung.**

Nur so kann nach unserer Auffassung Bewegung in verkrustete Strukturen gebracht und der wachsenden Politikverdrossenheit entgegengewirkt werden. Unser erklärtes Ziel ist es, absolute Mehrheiten zu brechen, um eine von Parteiinteressen losgelöste sach- und problemorientierte Politik durchzusetzen.

Für uns ist Kommunalpolitik keine Durchgangsstation auf dem Weg zur "großen Politik" in Düsseldorf oder Berlin. Wir sind vielmehr fest verwurzelt in unserer Gemeinde und fühlen uns daher in besonderem Maße für die zukünftige Entwicklung unseres Gemeinwesens verantwortlich.

Die Kommunalpolitik hat für die Bürgerinnen und Bürger einen hohen Stellenwert. Hier werden Entscheidungen getroffen, die unmittelbar in das Lebensumfeld der Menschen eingreifen. So werden z.B. Steuern erhoben, Vorschriften erlassen und Genehmigungen erteilt. Daher wollen wir, weit mehr als in der Vergangenheit geschehen, Bürgermitwirkung ermöglichen.

**Wir wollen:**

- den mündigen Bürger, der sich der Möglichkeiten der Einflussnahme bewusst ist und sie auch in Anspruch nimmt.
- den umfassend und rechtzeitig informierten Bürger.
- Entscheidungsprozesse durchschaubar machen.

Für die UWG ist Bürgermitwirkung kein formaler Akt, um der gesetzlichen Notwendigkeit zu genügen. Wir wollen vielmehr das in der Bürgerschaft vorhandene Kreativpotential aktivieren und in die Planungen der Gemeinde einfließen lassen.

Die jahrzehntelange absolute Mehrheit einer Partei hat dazu geführt, dass parteitaktische und ideologische Vorgaben zunehmend Einfluss auf Entscheidungen in der Gemeinde Finentrop gewonnen haben. Wir stehen für eine sachliche und sachbezogene Politik, in der die berechtigten Ansprüche unserer Bürger wieder zur Grundlage politischen Handelns werden.

## **Belange der Ortschaften**

Eine Voraussetzung für Bürgermitwirkung in unserem Gemeinwesen ist Heimatbewusstsein. Menschen, besonders die Jugendlichen, brauchen die Identität einer vertrauten, gewachsenen Umgebung. Der Mensch muss in seiner Heimat leben und wirken, seinen Lebensraum und sein Zuhause gestalten können.

Aufgabe der Kommunalpolitik ist es, dies zu ermöglichen.

### **Wir wollen:**

- Maßnahmen fördern und unterstützen, die der Ortsbildpflege dienen, um den Charakter unserer Dörfer als Heimatraum zu bewahren und zu gestalten.
- die Attraktivität der Ortschaften erhalten und wo erforderlich steigern, dabei jedoch auf Bewährtes nicht verzichten.
- dabei den Bürgern den Freiraum einräumen, der erforderlich ist, um kreative Lösungen zu erarbeiten und umzusetzen.
- dazu bürokratische Hemmnisse abbauen.

Über den drängenden Problemen des Zentralortes Finentrop dürfen die Belange der umliegenden Ortschaften nicht vernachlässigt werden. Vielmehr müssen zukünftig die Interessen aller Dörfer der Gemeinde wieder verstärkt berücksichtigt werden.

Heimat ist auch kulturelle Umwelt. Die UWG will mitwirken, die überlieferte Kulturlandschaft weiter zu entwickeln. Durch den Ausbau des kulturellen Angebots in der Gemeinde und durch die Miteinbeziehung des Kulturangebots der Nachbarkommunen, soll die Lebensqualität der Region gefördert und die Attraktivität für den Fremdenverkehr gesteigert werden. Wir betrachten die Aufwendungen der Gemeinde für Kultur nicht als freiwillige Ausgaben, sondern als verpflichtende Dienstleistung zur Förderung der Kulturarbeit.

## **Industrie- und Wirtschaftsförderung**

Die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in einer Gemeinde ist eine zentrale Aufgabe der Kommunalpolitik. Neben der Schaffung und dem Erhalt von ortsnahe Arbeitsplätzen wird durch die damit verbundenen Steuereinnahmen die Wahrnehmung kommunaler Aufgaben sichergestellt. Die geographischen Gegebenheiten unserer Gemeinde sowie gesetzliche Vorgaben setzen jedoch enge Grenzen. Für uns ist es wichtig, dem ungehemmten Landschaftsverbrauch Einhalt zu gebieten. Industrie- und Gewerbeansiedlungen müssen mit der Umwelt in Einklang gebracht werden.

Das gegen den Widerstand der UWG-Finntrop e.V. errichtete Industriegebiet „Frielentrop III“ stellt einen massiven Eingriff in das Landschaftsbild des Lennetals dar. Zudem wird das Industriegebiet aufgrund seiner topografischen Lage von den Unternehmern nicht angenommen, bzw. stellt sich fast als unverkäuflich dar. Die aus öffentlichen Mitteln bereitgestellten Erschließungskosten werden auch die nachfolgenden Generationen noch belasten.

Die UWG-Finntrop e.V. ist für die Ausweisung eines neuen interkommunalen Gewerbegebiets „Wiethfeld“ in Heggen. Hier würden nicht nur neue Arbeitsplätze geschaffen, sondern die Erschließung zusammen mit der Stadt Attendorn wäre finanziell leichter zu schultern. Weiterhin ist das Gelände „Wiethfeld“ ohne größeren Eingriff in das Landschaftsbild zu realisieren. Die Nähe zu Attendorn und dem Industriegebiet Ennest könnte neue Unternehmen nach Finntrop locken.

Bei all den Überlegungen soll jedoch nicht ein „Mehr an Produktion“ entstehen, sondern ein „Mehr an Lebensqualität“. Dazu zählen ein sicherer Arbeitsplatz innerhalb der Gemeindegrenzen, Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für die berechtigten Interessen der nachfolgenden Generation und der behutsame Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Ebenso ist der verantwortliche Umgang mit den finanziellen Mitteln der Gemeinde in den Handlungsspielraum einzubeziehen.

Neben der Bereitstellung geeigneter Industrie- und Gewerbeflächen sind der Erhalt und die Förderung des Einzelhandels dringend erforderlich. Außerdem ist die „Weiße Industrie“ wie Tourismus und Dienstleistung stärker in den Mittelpunkt des politischen Handels zu rücken. Diese Wirtschaft schafft umweltfreundliche und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Hierzu müssen entsprechende Konzepte entwickelt werden.

## Umwelt

Umweltschutz ist ein wesentlicher Bestandteil politisch verantwortungsbewussten Handelns. Dieser Grundsatz ist von Anfang an ein wichtiges Element unserer Politik gewesen. Für uns ist wirtschaftliche Entwicklung, Wohlstand und der Schutz unseres Lebensraumes kein Widerspruch. Sie sind vielmehr Faktoren, die in vielfältigen Beziehungen zueinander stehen. Keiner dieser Faktoren darf zugunsten eines anderen vernachlässigt werden, wenn ein funktionierendes Gemeinwesen auf Dauer erhalten werden soll.

Die AGENDA 21 ist ein internationales Aktionsprogramm zur Gestaltung der Zukunft im 21. Jahrhundert. Sie fordert alle beteiligten Staaten und Gemeinden der Welt auf, umgehend wirksame Maßnahmen zum Schutz und zur Pflege der natürlichen Umwelt zu ergreifen, da die Verbesserung der Lebens- und Umweltbedingungen für die Menschen weltweit von existenzieller Bedeutung ist. Für eine erfolgreiche Umsetzung der Ziele und Maßnahmen ist das Engagement und die echte Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen unerlässlich.

Die Mitglieder der UWG-Finntrop e.V. haben sich aktiv an den Arbeitskreisen der Lokalen AGENDA 21 beteiligt und an der Entwicklung eines Leitbildes für die Gemeinde Finntrop mitgearbeitet. Doch mit der Verabschiedung der Lokalen Agenda 21 durch den Rat der Gemeinde Finntrop darf nicht Schluss sein, denn die ausgearbeiteten Leitbilder müssen als Grundlage für das politische Handeln verbindlich anerkannt werden.

Aus diesem Grund kommt gerade den Kommunen eine besondere Verantwortung für den Erfolg der AGENDA 21 zu, da sie die Ebene der staatlichen Verwaltungen ist, die den direkten Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern hat.

Bei der Umsetzung kommunaler Bauvorhaben wollen wir uns für die Nutzung regenerativer Energieträger einsetzen. Bei Umbau- oder Renovierungsmaßnahmen im Bereich kommunaler Einrichtungen sollte der Einsatz umweltfreundlicher Energie- und Wärmeversorgung, wie z.B. der Kraft-Wärme-Kopplung, bevorzugt werden.

Wohngebiete sollten zukünftig so geplant werden, dass Niedrigenergiehäuser in bevorzugter Süd/Südwestlage gebaut werden können. Die Kommune sollte bei der Erstellung von Energiegutachten für private Grundstückseigentümer Hilfestellung leisten.

Die UWG ist davon überzeugt, dass auch im Rahmen kommunaler Umweltschutzmaßnahmen ein gewichtiger Beitrag zum Erhalt der globalen Umwelt geleistet werden kann.

## **Verkehr und Tourismus**

Die Entwicklung einer Verkehrsinfrastruktur, die dem Mobilitätsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger auch im ländlichen Raum Rechnung trägt, muss durch geeignete kommunalpolitische Maßnahmen sichergestellt werden. Hierzu gehören insbesondere die Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und die Anbindung an bestehende Verkehrsverbünde und Anpassung von Zeiten des Bahn und Busverkehrs

Ein guter Anfang wurde mit der Einführung des Bürgerbusses im Jahre 2007 gemacht. Diese Ergänzung des ÖPNV darf jedoch nicht nur den Einwohnern von Finnentrop, Bamenohl und Weringhausen zugute kommen, sondern muss auf alle Ortschaften der Gemeinde ausgedehnt werden.

Der Erhalt des Straßen- und Wegenetzes, für das die Gemeinde die Verantwortung trägt, ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir treten für den Ausbau des bestehenden Radwegenetzes ein. Unser Ziel ist dabei, ein sicheres, durchgängiges und dadurch vielfältig nutzbares Netz zu schaffen. Folgende Maßnahmen haben unserer Meinung nach Priorität:

- Lückenschluss zwischen Finnentrop und Heggen, um einen durchgehenden Radweg zum Biggensee herzustellen
- Radweg von Lenhausen in Richtung Plettenberg und Anbindung ins Frettertal

Wir erwarten durch die Realisierung dieser Vorschläge eine Steigerung des Freizeitwertes der Gemeinde und eine Attraktivitätssteigerung für den Fremdenverkehr.

## **Wohnungsbau**

Im Hinblick auf die ständig wachsende Einwohnerzahl der Gemeinde muss auch in Zukunft ausreichender Wohnraum bereitgestellt werden. Dazu gehört zum einen die Ausweisung von neuen Wohnbaugebieten und zum anderen aber auch die Erhaltung von Altbaubeständen. Wir wollen bei der Auswahl von Baugebieten alle Ortschaften gleichermaßen berücksichtigen. Wir treten für eine Gewährung von Fördermitteln für Familien ein. Darüber hinaus ist es uns wichtig, auch für Geringverdiener preiswerte Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Wir wollen hierzu die Modernisierung des Altbaubestandes gezielt unterstützen.

## **Haushalt**

Wir wollen ein Ende der Neuverschuldung in allen Bereichen. Wir wollen den Schuldenabbau in Angriff nehmen. Das ist ohne Steuererhöhung möglich. Allerdings ist strenge Ausgaben- disziplin erforderlich. Dazu gehört der Verzicht auf teure Prestigeobjekte, auch wenn hierzu Fördermittel von Land oder Bund verfügbar sind, die im Übrigen ebenfalls aus unseren Steuern finanziert werden.

Ein ausgeglichener Haushalt und die deutliche Reduzierung des Schuldenstandes aller Bereiche der Verwaltung ist eine zentrale Verpflichtung der Kommunalpolitik gegenüber nachfolgenden Generationen.

## **Jugend und Familie**

Der Jugend gehört die Zukunft unseres Gemeinwesens. Daher muss ein wesentlicher Schwerpunkt politischen Handelns die Sicherstellung von Bildung und Erziehung unserer Kinder und Jugendlichen sein. Wir wollen dazu das bestehende Angebot an Schulen und Kindergärten aufrechterhalten und weiter fördern. Wir wollen die berufliche Erstausbildung unserer Jugendlichen unterstützen, indem im Bereich der Verwaltung und der Eigenbetriebe ständig, auch außerhalb von Wahlkampfzeiten, qualifizierte Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen, dass bei der Vergabe von Grundstücken an Gewerbebetriebe vorrangig diejenigen berücksichtigt werden, die ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung zur Ausbildung unserer Jugendlichen nachkommen.

Die Freizeitgestaltung unserer Kinder und Jugendlichen entzieht sich weitgehend staatlichem Einfluss. Umso mehr ist das Engagement von Vereinen und Einrichtungen zu begrüßen und zu fördern, die vielfältige und attraktive Angebote unterbreiten.

Wir wollen daher

- vorrangig Vereine fördern, die eine intensive Jugendarbeit betreiben.
- das Angebot der OT's in der Gemeinde weiter fördern und dort, wo es erforderlich ist, weiter ausbauen.
- den Erhalt und die sachgerechte Ausstattung von Kinderspiel- und Bolzplätzen.

Für die UWG ist Jugendarbeit eine wichtige Investition in unsere gemeinsame Zukunft.

## **Gebühren**

Eine Kommune erbringt in vielfältiger Weise Dienstleistungen, für deren Inanspruchnahme sie im Gegenzug Gebühren erheben kann. Bei der Festsetzung dieser Gebühren wollen wir den folgenden Kernforderungen zukünftig mehr Gewicht beimessen:

### **Kostendeckungsprinzip**

Die Höhe der Gebühren muss sich, wo immer es möglich und sozialverträglich ist, an den entsprechenden Ausgaben der Gemeinde orientieren. Es dürfen keine Überschüsse zur Haushaltsdeckung erwirtschaftet werden.

### **Verursacherprinzip**

Dort, wo die Erfassung von Mengen die Grundlage der gemeindlichen Gebührenkalkulation ist, müssen diese auch direkte Bemessungsgrundlage sein.

### **Gerechtigkeitsprinzip**

Gebühren dürfen nur für tatsächlich erbrachte Leistungen erhoben werden. Für gleiche Leistungen müssen dabei für alle die gleichen Gebühren erhoben werden.

### **Transparenz**

Um Entscheidungen der Gebührenfestsetzung transparent zu machen, wollen wir eine ausführliche Information der Bürgerinnen und Bürger z.B. im Rahmen der Versendung der Gebührenbescheide.

Lokales Ziel unserer Politik ist dabei eine gerechtere Verteilung der Gebührenlasten und eine geringere Belastung der Bürgerinnen und Bürger.

## Mit einer starken UWG die Zukunft gestalten

Die Kommunalwahlen 2009 stellen die Weichen für die nächsten fünf Jahre. Die Wählerinnen und Wähler werden mit ihrer Stimme darüber entscheiden, ob die bisherige Mehrheitspolitik des "Weiter so im alten Trott" fortgesetzt wird oder ob eine neue, bürgernahe, kreative und unabhängige politische Arbeit in der Gemeinde Finnentrop möglich wird.

Um Veränderungen zu erreichen ist es erforderlich, die absolute Mehrheit der CDU zu brechen. Unser Ziel ist, Verhältnisse im Rat der Gemeinde zu schaffen, die eine sach- und problemorientierte Politik wieder möglich machen.

Die UWG-Finntrop steht für die Erneuerung der Politik, für mehr Offenheit und Bürgernähe, für mehr Gerechtigkeit, für mehr Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung. Wir sind **die echte Alternative** zu den etablierten Parteien. Wir werben mit unserem Programm um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde. Wir wollen den "Bürger mit Wirkung". Wir sind überzeugt, dass eine dritte unabhängige politische Kraft für eine konstruktive und zielgerichtete Politik unverzichtbar ist.

Die UWG und ihre Ratsmitglieder, unterstützt von vielen sachkundigen Bürgern, haben in den letzten Jahren viel erreicht. Konsequenterweise haben wir Themen aufgegriffen, die eine besondere Bedeutung für uns und kommende Generationen haben. Der verantwortungsvolle und sparsame Umgang mit Steuergeldern, der schonende Umgang mit Natur und Umwelt, die Wahrung berechtigter Bürgerinteressen und die Einhaltung demokratischer Regeln im Rat der Gemeinde sind und bleiben für uns dabei besonders wichtige Themen.

Diesen Zielen fühlen wir uns verpflichtet - gestärkt durch die Stimmen unserer Wählerinnen und Wähler.